



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 50. Sitzung des  
Finanzausschusses der Stadt Eberswalde  
am 03.04.2014, 18:00 Uhr,  
in der Rathauspassage Eberswalde,  
Konferenzraum, 3. Etage,  
Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 49. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 13.03.2014
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - Tätigkeitsbericht des Sachgebiets 32.4 Feuerwehr
  - Tätigkeitsbericht des Sachgebiets 15.3 Wohnen
  - Information des vorläufigen Jahresabschlusses 2012
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

10.1 **Vorlage:** BV/1114/2014

**Einreicher / zuständige Dienststelle:**  
61 - Stadtentwicklungsamt

**\* Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen**

**TOP 1**

**Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Scheffter eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses um 18:00 Uhr.

**TOP 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Scheffter stellt fest,

- form- und fristgerecht eingeladen,
- 9 Mitglieder anwesend,
- Finanzausschuss ist beschlussfähig,
- keine Einwendungen.

**TOP 3**

**Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 49. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 13.03.2014**

Die Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen der Niederschrift der 49. Sitzung des Finanzausschusses wird in der 51. Sitzung am 08.05.2014 vorgenommen.

**TOP 4**

**Feststellung der Tagesordnung**

Herr Scheffter

- erklärt, dass durch die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE eine Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung nachgereicht wurde und bittet die Einreicher um die Begründung der Eilbedürftigkeit
- bittet um die Abstimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung

Herr Wrase

- liest die Stellungnahme der Fraktionen vor; diese ist der Beschlussvorlage beigefügt

Herr Trieloff

- spricht sich gegen die Aufnahme der Beschlussvorlage aus, da eine erhöhte Dringlichkeit nicht zu sehen ist

Herr Triller

- fragt, warum unter dem Tagesordnungspunkt „Feststellung der Tagesordnung“ die Dringlichkeit begründet werden muss

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass hier der Grundsatz der Öffentlichkeit betroffen ist; mit der Einladung zur Ausschusssitzung ist die Tagesordnung mit den zu behandelnden Punkte bekanntzugeben (§ 36 Abs. 1 BbgKVerf), da ansonsten ein Verstoß gegen die Bekanntmachungspflicht vorliegt; die Vorlage ist jedoch erst gestern eingegangen, so war dies nicht mehr möglich; somit muss die Eilbedürftigkeit gemäß § 36 Abs. 1 Satz 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg begründet werden

**Abstimmung der Aufnahme der BV/1125/2014 auf die Tagesordnung:**

mehrheitlich angenommen

Herr Zinn

- fragt, ob die Aufnahme auch für die Positionierung der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler zur BV/1125/2014 gilt

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass das Schreiben zur Position der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler als **Anlage 2** zu öffentlichen Niederschrift gegeben wird

**Abstimmung der geänderten Tagesordnung:** mehrheitlich angenommen

**TOP 5**

**Informationen des Vorsitzenden**

- keine

**TOP 6**

**Einwohnerfragestunde**

- keine

**TOP 7**

**Informationen aus der Stadtverwaltung**

Herr Grätsch verlässt die Sitzung um 19:54 Uhr.

#### Herr Gatzlaff

- informiert zur Frage, ob Alliander nach der Entscheidung der Aktionärsversammlung gegen einen weiteren Ausbau des Engagements in Deutschland weiterhin Netzbetreiber in Eberswalde bleiben wird, dass Herr Dr. Gissing telefonisch versichert hat, dass sich an den Eberswalder Verhältnissen nichts ändern wird; das Netzentflechtungskonzept ist fertig; eine Übernahme soll voraussichtlich um 01.01.2015 erfolgen
- informiert zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, dass es rückwirkend zum 01.03.2014 eine Tarifsteigerung von 3% sowie zum 01.03.2015 um nochmals 2,4% geben wird; diese wird jedoch mindestens 90 € betragen; des Weiteren wird es für alle Beschäftigten altersunabhängig 30 Tage Urlaub geben; der Tarifvertrag ist bis zum 28.02.2016 gültig; für die Stadtverwaltung bedeutet dies Mehraufwendungen in Höhe von 520.000 € in 2014, 1 Mio. € in 2015 und 1,1 Mio. € in 2016
- reicht die Informationen zur Anfrage „Kosten der Durchführung des Wochenmarktes“ vom Finanzausschuss am 13.03.2014 nach; diese sind als **Anlage 3** der öffentlichen Niederschrift beigelegt

#### Herr Meier

- stellt das Sachgebiet 32.4 „Feuerwehr“ vor; die Präsentation ist als **Anlage 4** der öffentlichen Niederschrift beigelegt

#### Herr Gatzlaff

- führt aus, dass die Berufs- und die Freiwilligen Feuerwehren wichtige Institutionen der Stadt Eberswalde sind und insbesondere die Berufsfeuerwehr **nicht** zur Disposition gestellt werden sollte; da der Brandschutz eine Pflichtaufgabe nach Weisung ist, müssten die Kosten durch das Land getragen werden, dies geschieht jedoch nicht; die Stadtverwaltung ist trotz der angespannten Haushaltslage bemüht, die aus dem Dienst ausscheidenden Feuerwehrleute schnellstmöglich zu ersetzen

#### Herr Kumm

- fragt, ob die für mutwillige Fehllarme verantwortlichen Personen ermittelt werden können

#### Herr Meier

- erklärt, dass diese durch die Polizei ermittelt werden; die Feuerwehr bekommt die Daten übermittelt und stellt den entstandenen Aufwand in Rechnung

#### Herr Duckert

- lobt die gute Zusammenarbeit der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren

#### Herr Zinn

- fragt, ob die Stellen der ausgeschiedenen Feuerwehrleute auch mit Personen aus den Freiwilligen Feuerwehren besetzt werden
- fragt, ob es Bestrebungen gibt, sich in Verbindung mit den Umlandgemeinden neu aufzustellen

Herr Gatzlaff

- führt aus, dass Beamtenstellen ausgeschrieben werden müssen und sich an diesen Ausschreibungen auch die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren beteiligen können
- erklärt, dass die Stadt Eberswalde gern mit den Umlandgemeinden zusammenarbeiten würde, es sich hier aber um ein Arbeiten auf Augenhöhe zum **beiderseitigem** Vorteil handeln müsse; bisher ist keine andere Gemeinde mit einem konkreten Wunsch auf Zusammenarbeit im Brandschutz an die Stadt herangetreten

Herr Prof. Creutziger

- merkt an, dass die Zahl der Alarmauslösungen durch Brandmeldeanlagen ziemlich hoch sind und fragt nach den Gründen hierfür

Herr Meier

- erklärt, dass die Zahlen bundesweit sehr hoch sind, da die Brandmeldeanlagen sehr sensibel reagieren und oft von selbst auslösen; dies wurde auch in der Kostenersatzsatzung berücksichtigt

Herr Trieloff

- fragt, ob durch die Anpassung der Gebührensatzung Auswirkungen zu spüren sind

Herr Meier

- erklärt, dass dies nicht der Fall sei

Herr Banaskiewicz

- fragt, warum sich bei sinkendem Personal die Personalkosten erhöht haben
- fragt zur Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, was mit den alten Fahrzeugen passiert
- fragt zur Schneeberäumung von Dächern im Stadtgebiet, ob die Eigentümer für diese zahlen müssen

Herr Gatzlaff

- erklärt zu den gestiegenen Personalkosten, dass die Beamten eine Besoldung nach Besoldungstabelle des Landes Brandenburg erhalten, welche regelmäßig angepasst wird

Herr Meier

- führt zu den ersetzten Fahrzeugen aus, dass die Drehleiter seit heute auf [www.zollauktion.de](http://www.zollauktion.de) zum Verkauf angeboten wird; der alte Gerätewagen wird den Hausmeistern zur Verfügung gestellt
- erklärt zur Schneeberäumung von Hausdächern, dass kostenfrei durchgeführt werden, da die eigenständige Durchführung dieser für die meisten Hausbesitzer nicht möglich ist und somit, im Zuge der Gefahrenabwehr, die Bürgersteige gesperrt werden müssten

Herr Martin

- fragt, ob Einsätze die über das Stadtgebiet hinaus gehen, den anderen Gemeinden in Rechnung gestellt werden

Herr Meier

- erklärt, dass es nur wenige Einsätze gibt und sich die Gemeinden untereinander keine Rechnungen stellen, da sich die Einsätze in etwa ausgleichen

Herr Schwipper

- stellt das Sachgebiet 15.3 „Wohnen“ vor; die Präsentation ist als **Anlage 5** der öffentlichen Niederschrift beigefügt

Herr Kumm

- fragt, ob bei 160 Anträgen und 900 Kontrollen die Wohnberechtigungsscheininhaber mehrmals im Jahr kontrolliert werden

Herr Schwipper

- führt aus, dass bei den Kontrollen überprüft wird, ob in den zur Verfügung stehenden Wohnungen nur Menschen mit Wohnberechtigungsschein leben oder ob diese auch anderweitig vermietet wurden

Herr Trieloff

- merkt an, dass ihm die Kosten pro Mitarbeiter sehr hoch erscheinen und fragt nach den Gründen hierfür

Herr Schwipper

- erklärt, die Personalkosten den größten Teil darstellen, aber auch Material-, Lager- und Fahrtkosten spielen hier mit rein

Herr Triller

- fragt, ob bei der Berechnung des Wohngeldes die Betriebskosten berücksichtigt werden

Herr Schwipper

- erklärt, dass für die Berechnung die Brutto-Warmmiete abzüglich der Heizkosten herangezogen wird; Heiz-, Strom- und Gaskosten werden nicht berücksichtigt

Herr Baaz

- fragt, warum, da es sich ja um Pflichtaufgaben nach Weisung handelt, die Kosten nicht durch das Land Brandenburg übernommen werden

Herr Gatzlaff

- merkt an, dass diese Diskussion seit Jahren geführt wird und sich die Situation mit dem Neuverschuldungsverbot für Bund und Länder noch verschlechtern wird; das Land war bisher zu keiner höheren Kostenerstattung bereit

Herr Grätsch

- nimmt an, dass die Wohngeldanträge durch den Mindestlohn zurückgehen werden und fragt, ob Personalkürzungen angedacht sind

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass die Situation beobachtet wird und es, mit Hinblick auf das Ausscheiden von Mitarbeitern aus dem aktiven Arbeitsleben, zu Umstrukturierungen kommen könnte, sollten die Fallzahlen stark zurückgehen

Herr Banaskiewicz

- fragt nach aktuellen Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau

Herr Schwipper

- berichtet, dass aktuell Wohnungen in der Kantstr. 20 fertig gestellt werden

Frau Geissler

- stellt den vorläufigen Jahresabschluss 2012 vor; die Präsentation ist als **Anlage 6** der öffentlichen Niederschrift beigefügt

Herr Trieloff

- fragt nach den Gründen für die Abweichungen zwischen dem geplanten Zuschussbedarf und den tatsächlichen Kosten im Amt für Bildung, Jugend und Sport

Frau Geissler

- wird diese zum nächsten Finanzausschuss nachreichen

Herr Baaz

- fragt, ob es sich bei dem Angaben des Zoos um den Zuschussbedarf handelt

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass es sich um den reinen Zuschussbedarf, den die Stadt aufbringen muss handelt, bei dem der Zuschuss des Landkreises bereits saldiert ist

Herr Grätsch

- fragt, wie sich Ermächtigungsübertragungen auf den Haushalt des folgenden Jahres auswirken

Frau Geissler

- erklärt, dass diese das Ergebnis des nächsten Jahres verschlechtern

## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

- keine

## TOP 9

### **Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

Herr Zinn

- fragt, ob die Möglichkeit besteht, Hundekotbehälter flächendeckend in der Stadt anzubringen und wofür die Einnahmen der Hundesteuer verwendet werden

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass das Aufstellen von Abfallbehältern flächendeckend nicht möglich ist, diese jedoch an den stark von Hundebesitzern frequentierten Orten aufgestellt sind
- teilt zur Verwendung der Einnahmen aus der Hundesteuer mit, dass es sich bei Steuern um Geldleistungen **ohne Gegenleistung** handelt, die dem Staat zur **allgemeinen** Finanzierung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen

Herr Triller

- fragt zur Antwort auf die Anfragen von Frau Frey und Herrn Pomraenke, warum diese nicht durch die Stadtverwaltung beantwortet, sondern weitergeleitet wurde
- teilt mit, dass durch EWE die Preise und Anschlusskosten für das Jahr 2013 nicht öffentlich gemacht und auf Anfrage auch nicht mitgeteilt werden; erklärt, dass sich die Stadt Eberswalde dafür einsetzen soll, dass den Bürgern diese Informationen zugänglich gemacht werden

Herr Gatzlaff

- antwortet zur Anfrage von Frau Frey, dass sich die Verwaltung an die WHG als ihre städtische Tochter gewandt und um eine Stellungnahme gebeten hat; die Antwort soll zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorliegen
- führt zur Anfrage von Herrn Pomraenke aus, dass weder bei der Stadt noch bei der WHG das zur Prüfung benötigte Fachwissen vorhanden ist und sich die WHG somit zur Bearbeitung an Experten gewandt hat; eine Antwort steht noch aus

Herr Banaskiewicz

- fragt zum Feuerwehrgebäude Kupferhammerweg wie lange der Mietkaufvertrag für dieses Gebäude noch läuft

Herr Gatzlaff

- wird sich mit Herrn Banaskiewicz in Verbindung setzen

## TOP 10

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**



## TOP 10.1

Vorlage: BV/1114/2014

Einreicher / zuständige Dienststelle:

61 - Stadtentwicklungsamt

### INSEK Strategie Eberswalde 2030

Herr Triller

- macht Ausführungen zu dem von der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde eingereichten Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV/1114/2014

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung keine der Änderungen für das Konzept relevant sind, da die meisten bereits im Konzept aufgegriffen oder in der Beratung diskutiert und abgelehnt wurden

Herr Triller

- möchte die Ausführungen von Herrn Gatzlaff mit dem Vermerk, wo sich diese im Konzept befinden, in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt bekommen

**Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:** mehrheitlich abgelehnt

Herr Trieloff

- macht Ausführungen zu dem von der Fraktion FDP/BFB eingereichten Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV/1114/2014

Herr Kumm

- fragt, wie der Änderungsantrag praktisch ausgestaltet werden soll

Herr Trieloff

- erklärt, dass dies die Umsetzung des Konzepts zeigen wird

Herr Prof. Creutziger

- fragt, ob das Wort „Verbraucher“ nicht durch „Bürger“ ersetzt werden kann

Herr Trieloff

- erklärt, dass die Formulierung absichtlich weit gefasst wurde, um einen großen Personenkreis einzubinden; falls der Wunsch besteht, kann dies aber auch geändert werden

**Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion FDP/BFB:** mehrheitlich angenommen

Herr Prof. Creutziger

- fragt, welche finanziellen Risiken aus Sicht der Verwaltung im INSEK Eberswalde 2030 stecken

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass eine solide Haushaltsführung ist im Konzept als Vorgabe festgelegt ist; die Risiken sind dieselben, die auch in den kommenden Jahren auf die Stadtverwaltung zukommen (Basel III, Neuverschuldungsverbot, Auslaufen Solidarpakt II, demographischer Wandel, Pensionslasten des Landes Brandenburg, Konjunkturabschwung)

Herr Zinn

- erklärt, dass es die Beschlussfassung in der Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung für verfrüht hält und er nicht an der Abstimmung teilnehmen wird

**Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlags:** einstimmig befürwortet

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Das INSEK Strategie Eberswalde 2030 wird als Grundlage für die weitere Stadtentwicklung der Stadt Eberswalde beschlossen.

**TOP 10.2**

**Vorlage:** BV/1125/2014

**Einreicher / zuständige Dienststelle:**

Fraktion SPD, Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen, Fraktion DIE LINKE

**\* Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen**

Herr Scheffter

- bittet die Einreicher, sich zur vorliegenden Beschlussvorlage zu äußern

Herr Schubert

- führt aus, dass es sich um befristete Stellen handelt und der Bedarf besteht

Herr Kumm

- merkt an, dass der Bedarf nicht klar dargelegt ist; die entstehenden Kosten sind durch die Deckungsvorschläge nicht gedeckt
- erklärt, dass Familien-Sozialarbeit und Lehrerfortbildung sinnvoller wären

Herr Duckert

- spricht nicht im Namen der Fraktion DIE LINKE
- führt aus, dass es über die Beschlussvorlage sehr überrascht war, da es bereits eine Arbeitsgruppe gibt, die sich mit diesem Thema beschäftigt
- erklärt, dass es sich bei der Abstimmung enthalten wird

Herr Zinn

- erklärt, dass in der Vorlage präzisiert werden sollte, dass die Schulsozialarbeiter für das gesamte Schuljahr 2014/2015 eingestellt werden

Herr Gatzlaff

- erklärt, dass in der Sitzung des ABJS am 02.04.2014 die fachliche Debatte geführt wurde; Ergebnis dieser war, dass nicht feststeht, welche Form der Sozialarbeit notwendig ist, da an jeder Grundschule andere Bedingungen herrschen; es können keine Mittel für eine Sache ausgegeben werden, bei der nicht einmal die Notwendigkeit umfasst und begründet dargestellt ist; eine Beschlussfassung ist in der derzeitigen Form nicht möglich, da die Stellen nicht im Stellenplan enthalten sind und die Finanzierung über die eingereichten Deckungsvorschläge nicht möglich ist; eine befristete Einstellung ist derzeit nur für drei Monate möglich

Herr Trieloff

- merkt an, dass eine sinngleiche Beschlussvorlage in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2013 auf der Tagesordnung stand und dieser dazu führte, dass eine Expertenrunde gebildet wurde, die sich mit der Thematik befassen und den Stadtverordneten fachliche Entscheidungshilfen an die Hand geben sollte;

eine ernsthafte Diskussion kann nicht ohne die Einbeziehung des Ausschusses des Landkreises geführt werden

- erklärt, dass die Stadt Eberswalde damit Aufgaben des Landkreises übernimmt

Herr Prof. Creutziger

- sieht die Notwendigkeit von Schulsozialarbeitern an den städtischen Grundschulen

Herr Triller

- stimmt den Ausführungen von Herrn Prof. Creutziger zu und erklärt, dass der Bedarf an Schulsozialarbeitern gegeben ist

**Abstimmung der Beschlussvorlage:** mehrheitlich abgelehnt

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Mit dem Beginn des Schuljahres 2014/2015 wird für dieses Schuljahr an jeder städtischen Grundschule eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit befristet eingerichtet. Die Stellen werden mit pädagogischen Fachkräften (Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen) besetzt. Sie bleiben solange bestehen, bis die Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit eine abschließende und qualifizierte Bedarfsanalyse zur Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen vorgenommen hat, wie dies ursprünglich in der BV/1068/2013 am 12.12.2013 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Das Ergebnis dieser Bedarfsanalyse bildet die Grundlage für die abschließende Entscheidung, ob und in welcher Form Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen etabliert wird. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Grundlage dieser Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zum schnellstmöglichen Termin einen Beschlussantrag zur Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen vorzulegen.

**Deckungsvorschläge für die drei zu schaffenden Stellen:**

- 1) Minderausgaben durch die bisher nicht besetzte Dezernentenstelle.
- 2) Rückgriff auf die allgemeinen Rücklagen.
- 3) Mehreinnahmen aus Gewerbesteuererinnahmen.

Herr Scheffter schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:11 Uhr.

i. V. Scheffter

Passoke  
Vorsitzender des  
Finanzausschusses

Voigt  
Schriftführerin

